

Sprengstoff für Rot-Grün in NRW

Montag, 24. Februar 2014

(uh) Die Energiewende hat sich zum wirtschaftlichen Großrisiko entwickelt. Um sie zu entschärfen, schlägt IG BCE-Chef Vassiliadis vor, die Steinkohle-Kraftwerke in einer Betriebsgesellschaft zu bündeln. Der Plan könnte in NRW einige Probleme lösen. Er hat allerdings einen Haken: Er ist Sprengstoff für die rot-grüne Landesregierung.

Die letzte Luft rauben

In den vergangenen Jahren bauten Stadtwerke tief verschuldeter Kommunen Steinkohle-Kraftwerke, die mit der Energiewende unrentabel wurden. Vor allem SPD-Kommunal- und Landespolitiker engagierten sich für ihren Bau. Nun belasten sie die Stadtwerke und ihre klammen Städte schwer.

Die Last wurde noch schwerer, als verschuldete Revierstädte den Steinkohle-Verstromer Steag kauften. Das Geschäft soll über die Dividende finanziert werden. Das fällt zunehmend schwer, denn auch die Steag leidet inzwischen Not. Für die Städte zeichnen sich weitere Kosten ab, weil die alten Steag-Kraftwerke modernisiert werden müssen. In den Städten geht die Sorge um, der Deal könnte ihnen die letzte Luft rauben.

Auch die NRW-Stromkonzerne RWE und Eon wurden von der Energiewende geschlagen. Sie könnten sich erheblich entlasten, wenn sie ihre unrentablen Steinkohle-Kraftwerke in die Verstromungsgesellschaft einbringen, die Vassiliadis vorschlägt.

An Grenzen gestoßen

Viele Städte sind darauf angewiesen, dass sich RWE schnell erholt. Sie sitzen auf großen RWE-Aktienpaketen, die stark an Wert verloren haben. Obendrein schrumpft die RWE-Dividende, die diese Städte brauchen. Müssten sie ihre RWE-Pakete neu bewerten, wären sie pleite.

Das politische Beben, das sie dann auslösen, wäre gewaltig. Vorbeben sind längst spürbar. Viele verschuldete Städte erhalten kaum noch Kredite. Die erste Pleite einer Kommune wurde gerade noch abgewendet. Vassiliadis' Plan könnte es den Städten ersparen, den Offenbarungseid zu leisten.

Fürchten muss ihn auch die SPD. Das Kernstück ihrer Kommunalpolitik, die wirtschaftliche Betätigung der Städte, ist über die Energiewende an Grenzen gestoßen. Wird die Energiewende nicht gebremst, läuft die Kommunalpolitik Gefahr, vollends zu scheitern. Dann stünde die Regierungsfähigkeit der SPD auf dem Spiel.

Differenzen nicht mehr groß

Die Stromkonzerne verlangen seit langem Subventionen für den Betrieb ihrer unrentablen Steinkohle-Kraftwerke, weil sie den Strombedarf decken, den die alternativen Energien nicht

stillen können. In die Verstromungsgesellschaft könnten Mittel fließen, die frei werden, wenn die Energiewende gebremst würde. Energieminister Gabriel steht Vassiliadis' Plan offen gegenüber.

Umzusetzen wäre er nur, wenn die Union mitspielt. Um sie zu gewinnen, versichert Vassiliadis, die Verstromungsgesellschaft könne dazu dienen, den Ausstieg aus der Steinkohle-Verstromung zu steuern. Den Ausstieg aus der heimischen Steinkohle-Förderung rückgängig zu machen, den die NRW-CDU in der Legislaturperiode 2005/2010 gegen heftigen SPD-Widerstand durchsetzte, sei nicht beabsichtigt.

Über den Plan der IG BCE könnten sich SPD und CDU näher kommen. Die Differenzen der beiden Parteien in der Energiepolitik sind nicht mehr groß, wie sich beim unvollendeten Eon-Kohlekraftwerk in Datteln zeigt. Die CDU dringt darauf, es schnell fertigzustellen. Das kommt der SPD entgegen. Ihr grüner Koalitionspartner hält das Kraftwerk für überflüssig.

Argwohn macht sich breit

Das Verhältnis zwischen CDU und SPD im Landtag hat sich entspannt. Der neue CDU-Landeschef Laschet geht mit SPD-Regierungschefin Kraft pfleglich um. Kraft schenkte dem scheidenden CDU-Fraktionschef Laumann zum Abschied ihren Talisman. In beiden Parteien gibt es Kräfte, die meinen, die Probleme in NRW ließen sich am besten in einer großen Koalition lösen. Bei der IG BCE haben solche Überlegung eine lange Tradition.

Das wissen auch die NRW-Grünen. Schon als sie sich 1995 anschickten, die erste rot-grüne Koalition zu bilden, brachte die IG Bergbau eine große Koalition ins Spiel. Als 2013 in Berlin über die große Koalition verhandelt wurde, verlangte Kraft, das Tempo der Energiewende zu drosseln. Seither beobachten die NRW-Grünen ihren Koalitionspartner noch aufmerksamer. In der Partei macht sich Argwohn breit.

Große Koalition erforderlich

Vassiliadis' Plan wird ihn schüren. Er setzt die Grünen unter Druck. Je näher SPD und CDU zusammenrücken, desto breiter wird der Spagat, den die Regierungs-Grünen vollführen müssen, um beide Flügel ihrer Partei beisammenzuhalten.

Ihr Fraktionschef Priggen versucht, den Flügeln gerecht zu werden. Er begrüßt den IG BCE-Plan, weil er den Ausstieg aus der Kohleverstromung einleite, hält ihn jedoch für unzureichend und verlangt, er müsse auch die Braunkohle-Verstromung einbeziehen. Das dürfte für die SPD kaum akzeptabel sein.

So verfestigt sich der Eindruck, dass sich in der Energie- und Industriepolitik SPD und CDU näher stehen als SPD und Grüne. Um Vassiliadis Plan umzusetzen, ist die Union unentbehrlich. Das könnte erklären, warum in Berlin die große Koalition zustande kommen musste und Helmut Linssen trotz aller Kritik an seinem privaten Finanzgebaren weiterhin im Vorstand der RAG-Stiftung sitzt.